

**Antrag 35/II/2025****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK; Zeile 45-53 Ü WP-Kommission (Konsens)****Für starke Mietendenrechte in Berlin: Erste Hilfe statt langem Weg**

1 Der angespannte Berliner Wohnungsmarkt führt zu ei-  
 2 nem strukturellen Ungleichgewicht zwischen Mietenden  
 3 auf der einen und Vermietenden, insbesondere großen  
 4 Immobilienkonzernen, auf der anderen Seite. Für viele  
 5 Menschen ist der Zugang zur Rechtsberatung eine finan-  
 6 zielle Hürde. Der Jahresbeitrag für einen Mietendenver-  
 7 ein oder die Kosten für eine anwaltliche Erstberatung sind  
 8 Menschen mit geringem Einkommen oft nicht leistbar  
 9 oder umständlich zugänglich.

10

11 Das Land Berlin finanziert bereits in allen Bezirken eine  
 12 kostenlose Mietendenberatung. Dieses Angebot ist eine  
 13 tragende Säule des Mietendenschutz, doch sein Potenzi-  
 14 al wird nicht ausgeschöpft. Aktuell dürfen die Beraten-  
 15 den nur informieren, aber nicht aktiv werden. In vielen  
 16 Fällen – sei es bei einer unklaren Betriebskostenabrech-  
 17 nung oder einer ungerechtfertigten Forderung – würde  
 18 bereits ein einziges, professionell aufgesetztes Schreiben  
 19 an den Vermietenden ausreichen, um den Konflikt schnell  
 20 und unbürokratisch zu lösen. Diese entscheidende erste  
 21 Handlungsmöglichkeit fehlt. Deshalb sollten die rechtli-  
 22 chen und finanziellen Rahmenbedingungen so angepasst  
 23 werden, dass die kostenlosen bezirklichen Mietendenbe-  
 24 ratungen gestärkt und die Zusammenarbeit mit den zivil-  
 25 gesellschaftlichen Mietendenvereinen institutionalisiert  
 26 wird. Nur durch diese Verknüpfung können die Expertise  
 27 der Vereine und die staatlichen Angebote optimal genutzt  
 28 werden, um Mieter\*innen schnell und unbürokratisch zu  
 29 helfen.“

30

31 Der Staat hat die Pflicht in grundlegenden Lebensberei-  
 32 chen zu schützen. Eine effektive, niederschwellige und  
 33 kostenlose Rechtsberatung gehört zweifellos dazu. Sie ist  
 34 ein zentraler Baustein der sozialen Daseinsvorsorge.

35

36 Gleichzeitig verfügen die etablierten Berliner Mietenden-  
 37 vereine über eine jahrzehntelange Expertise und eine un-  
 38 verzichtbare Infrastruktur. Eine intelligente Verknüpfung  
 39 der staatlichen Angebote mit diesen zivilgesellschaftli-  
 40 chen Strukturen kann den Mietendenschutz in unserer  
 41 Stadt auf eine neue Stufe heben.

42

**Daher fordern wir:**

43

- 44
- 45 • Direkte Hilfe durch die Bezirke: Befugnis zur Erst-
  - 46 instanz Das Mandat der bezirklichen Mietenden-
  - 47 beratung muss um die Befugnis zur erstinstanzli-
  - 48 chen, außergerichtlichen Vertretung erweitert wer-

Der angespannte Berliner Wohnungsmarkt führt zu ei-  
 nem strukturellen Ungleichgewicht zwischen Mietenden  
 auf der einen und Vermietenden, insbesondere großen  
 Immobilienkonzernen, auf der anderen Seite. Für viele  
 Menschen ist der Zugang zur Rechtsberatung eine finan-  
 zielle Hürde. Der Jahresbeitrag für einen Mietendenver-  
 ein oder die Kosten für eine anwaltliche Erstberatung sind  
 Menschen mit geringem Einkommen oft nicht leistbar  
 oder umständlich zugänglich.

Das Land Berlin finanziert bereits in allen Bezirken eine  
 kostenlose Mietendenberatung. Dieses Angebot ist eine  
 tragende Säule des Mietendenschutz, doch sein Potenzi-  
 al wird nicht ausgeschöpft. Aktuell dürfen die Beraten-  
 den nur informieren, aber nicht aktiv werden. In vielen  
 Fällen – sei es bei einer unklaren Betriebskostenabrech-  
 nung oder einer ungerechtfertigten Forderung – würde  
 bereits ein einziges, professionell aufgesetztes Schreiben  
 an den Vermietenden ausreichen, um den Konflikt schnell  
 und unbürokratisch zu lösen. Diese entscheidende erste  
 Handlungsmöglichkeit fehlt. Deshalb sollten die rechtli-  
 chen und finanziellen Rahmenbedingungen so angepasst  
 werden, dass die kostenlosen bezirklichen Mietendenbe-  
 ratungen gestärkt und die Zusammenarbeit mit den zivil-  
 gesellschaftlichen Mietendenvereinen institutionalisiert  
 wird. Nur durch diese Verknüpfung können die Expertise  
 der Vereine und die staatlichen Angebote optimal genutzt  
 werden, um Mieter\*innen schnell und unbürokratisch zu  
 helfen.“

Der Staat hat die Pflicht in grundlegenden Lebensberei-  
 chen zu schützen. Eine effektive, niederschwellige und  
 kostenlose Rechtsberatung gehört zweifellos dazu. Sie ist  
 ein zentraler Baustein der sozialen Daseinsvorsorge.

Gleichzeitig verfügen die etablierten Berliner Mietenden-  
 vereine über eine jahrzehntelange Expertise und eine un-  
 verzichtbare Infrastruktur. Eine intelligente Verknüpfung  
 der staatlichen Angebote mit diesen zivilgesellschaftli-  
 chen Strukturen kann den Mietendenschutz in unserer  
 Stadt auf eine neue Stufe heben.

**Daher fordern wir:**

- Wissen bündeln, Synergien schaffen: Arbeitsgruppe  
 für Kooperation und ein zentrales Online-Portal. Es  
 wird eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Senats  
 eingerichtet. Diese soll, unter Beteiligung der Be-

den. Die beratenden Jurist\*innen sollen ermächtigt werden, im Namen der Ratsuchenden ein erstes rechtliches Schreiben an die Vermietendenseite aufzusetzen. Hierfür sind die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitzustellen.

- Wissen bündeln, Synergien schaffen: Arbeitsgruppe für Kooperation und ein zentrales Online-Portal. Es wird eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Senats eingerichtet. Diese soll, unter Beteiligung der Bezirke und der Berliner Mietendenvereine, ein Konzept für eine vertiefte Zusammenarbeit erarbeiten. Ziel ist die Schaffung eines gemeinsamen, zentralen Online-Portals. Dieses Portal soll:

1. Umfassend und verständlich über die Rechte und Pflichten von Mietenden aufklären.
2. Die Expertise der Mietendenvereine für alle zugänglich machen, wofür die Vereine entsprechend finanziell ausgestattet werden.
3. Alle kostenlosen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Beratungsangebote in Berlin übersichtlich bündeln und die Kontaktaufnahme erleichtern
4. Öffentlichkeitswirksame Kampagne, die über die Tätigkeit der kostenlosen Mietendenberatung informiert, damit alle Personen darüber informiert werden. Möglichst auf verschiedenen Sprachen.
5. Die Services des Online-Portals müssen mehrsprachig angeboten werden, da Mietende mit geringen Deutschkenntnissen auf dem Wohnungsmarkt besonders benachteiligt sind

zirke und der Berliner Mietendenvereine, ein Konzept für eine vertiefte Zusammenarbeit erarbeiten. Ziel ist die Schaffung eines gemeinsamen, zentralen Online-Portals. Dieses Portal soll:

1. Umfassend und verständlich über die Rechte und Pflichten von Mietenden aufklären.
2. Die Expertise der Mietendenvereine für alle zugänglich machen, wofür die Vereine entsprechend finanziell ausgestattet werden.
3. Alle kostenlosen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Beratungsangebote in Berlin übersichtlich bündeln und die Kontaktaufnahme erleichtern
4. Öffentlichkeitswirksame Kampagne, die über die Tätigkeit der kostenlosen Mietendenberatung informiert, damit alle Personen darüber informiert werden. Möglichst auf verschiedenen Sprachen.
5. Die Services des Online-Portals müssen mehrsprachig angeboten werden, da Mietende mit geringen Deutschkenntnissen auf dem Wohnungsmarkt besonders benachteiligt sind

#### Überweisung an WP-Kommission:

- Direkte Hilfe durch die Bezirke: Befugnis zur Erstinstanz Das Mandat der bezirklichen Mietendenberatung muss um die Befugnis zur erstinstanzlichen, außergerichtlichen Vertretung erweitert werden. Die beratenden Jurist\*innen sollen ermächtigt werden, im Namen der Ratsuchenden ein erstes rechtliches Schreiben an die Vermietendenseite aufzusetzen. Hierfür sind die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitzustellen.